ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Lieferbindung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1982) : Lieferbindung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 9, pp. 420-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135714

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Dietrich Kebschull

Lieferbindung?

Die steigende Zahl der Arbeitslosen und die wenig günstigen Aussichten auf eine schnelle Belebung der Wirtschaft lassen manche erneut die Frage aufwerfen, ob die Bundesrepublik es sich weiterhin leisten kann, ihre entwicklungspolitischen Leistungen nicht an deutsche Lieferungen in die Dritte Welt zu koppeln. Andere große Industriestaaten wie die USA, Japan oder Frankreich benutzen das Instrument der Lieferbindung seit langem, um ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Sie verlangen bei 30 bis 50 % ihrer Kreditauszahlungen Käufe von Anlagen, Ausrüstungsgütern und sonstigen Waren aus ihren Ländern. Die Bundesrepublik entschloß sich zu einer solchen Bindung bisher nur bei der Lieferung von Lokomotiven und Schiffen sowie bei Consultingleistungen. Und nicht ohne Stolz können deshalb die verantwortlichen Politiker auf den vom Entwicklungsausschuß der OECD attestierten niedrigen Bindungsanteil von 13 % verweisen.

Ausschlaggebend für diese Einstellung war in erster Linie die Überlegung, die ohnehin bescheidenen Mittel so effizient wie irgendmöglich einzusetzen. Da eine Lieferbindung die Entwicklungsländer zwingen könnte, die von ihnen benötigten Erzeugnisse im kreditgebenden Land zu einem höheren Preis erwerben zu müssen als auf dem Weltmarkt, sollte sie möglichst vollständig vermieden werden. Die Vertreter der Bundesrepublik hofften – und wie die siebziger Jahre zeigen mit einiger Berechtigung –, durch ihre beispielhafte Haltung auch andere Geberländer zu einer Aufweichung ihrer Lieferbindung zu veranlassen. Gerechtfertigt wurde diese Position zusätzlich durch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Denn auch ohne Bindung führten Anfang der siebziger Jahre rund 80 % der bilateralen öffentlichen Kredite an Entwicklungsländer zu Bestellungen bei deutschen Unternehmen.

Inwischen hat sich dieses Bild erheblich gewandelt. 1980 lag die Rücklaufquote bei 60 % und 1981 nur noch bei 55 %. Außerdem regt das gute Beispiel der Bundesrepublik offensichtlich nicht mehr zur Nachahmung an. Denn inzwischen nimmt die Tendenz zur Lieferbindung weltweit wieder zu.

Doch die Angst vor Arbeitslosigkeit und Krise sollte nicht den Blick dafür verstellen, daß es bei der Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht um die Sicherung von Arbeitsplätzen im Inland geht, sondern um die Stabilisierung und Beschleunigung des Entwicklungsprozesses in den Ländern der Dritten Welt. Die von allen Partnern getragene stärkere Orientierung der Hilfeleistungen auf die vergleichsweise weniger entwickelten Länder, ländlichen Regionen, die armen Bevölkerungsgruppen und die Dekkung ihrer Grundbedürfnisse mußte die Rücklaufquote zwangsläufig reduzieren. Denn zum einen ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft für Güter, die bei Verfolgung dieser Strategie von Entwicklungsländern nachgefragt werden, wesentlich geringer als im Falle groß angelegter Industrialisierungsprogramme; zum anderen sollen Produktion und Käufe in den Ländern selbst bewußt gefördert werden.

Unabhängig davon ist darauf hinzuweisen, daß von einer verstärkten Lieferbindung kaum nennenswerte quantitative Beschäftigungseffekte ausgehen würden. Denn gebunden werden können lediglich die bilateralen Hilfeleistungen. Dabei scheiden die Aufwendungen für die technische Zusammenarbeit weitgehend aus, weil der größte Teil der Ausgaben für Gehälter von Experten und ihre Ausrüstungen vorgesehen ist. Als potentielle Finanzmasse für die Bindung verbleiben nur die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau vergebenen Kredite für die sogenannte finanzielle Zusammenarbeit. Die Kreditanstalt gibt an, daß der deutschen Exportwirtschaft bei einer völligen Lieferbindung im vergangenen Jahr lediglich ein zusätzliches Liefervolumen von 700 Mill. DM zugeflossen wäre. Das sind gerade 0,2 % des deutschen Exports. Dies erscheint im Hinblick auf eine Arbeitsplatzsicherung kaum erwähnenswert. Und der Preis ist sehr hoch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Strukturprobleme auf diese Weise nicht gelöst werden, die entwicklungspolitische Grundausrichtung in Frage gestellt wird und das Image der Bundesrepublik als solidarischer Partner der armen Länder beeinträchtigt würde. Insofern ist es zu begrüßen, daß man im zuständigen Ministerium wenig Neigung erkennen läßt, die verstärkte Lieferbindung einzuführen.

Fragwürdig sind aber auch solche Verhandlungsempfehlungen, Vertreter von Entwicklungsländern zu veranlassen, von sich aus „freiwillig" die Absicht zum Kauf deutscher Erzeugnisse für Kredite aus der Bundesrepublik zu erklären. Angesichts der sich dramatisch verschlechternden Lage der Entwicklungsländer sollten derartige wenig Nutzen bringende Vorschläge rasch wieder in der Schublade verschwinden.